

Infobrief Attac-Regionalgruppe Nienburg Nr. 53 – 2024/März

Liebe Attacies und Freund*innen

Neuigkeiten und aktuelle Infos zu Aktionen und Veranstaltungen.

1.



2. **Osteraktion Frieden in Unterlüß – s. Anhang**

3. **RECHTSEXTREMISMUS HEUTE**

Demokratische Gegenstrategien und Herausforderungen für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit 15.-17. April 2024, Ev. Akademie Loccum

In den vergangenen Jahren hat sich der Rechtsextremismus deutlich verändert. Seine Resonanzräume, Netzwerke und Agitationsformen wandeln und verbreiten sich. Medien, Zivilgesellschaft, Kirchen und Politik geraten unter wachsenden Druck. Am sichtbarsten wird diese Entwicklung in der gestiegenen Zustimmung zur AfD. Wie kann der wachsende Zulauf für rechtsradikale Strukturen und Positionen gestoppt werden? Wie kann eine demokratische Gegenstrategie gelingen?

Sie sind herzlich eingeladen und wir würden uns sehr freuen, wenn wir Sie Mitte April hier in Loccum willkommen heißen dürfen!

Weitere **Informationen zur Tagung wie auch zur Anmeldung** finden Sie auf folgender Seite: <https://www.loccum.de/tagungen/2432/>

Mit den besten Grüßen aus Loccum,

Dr. Thomas Müller-Färber - Studienleiter *Internationale Politik* - Evangelische Akademie Loccum - Münchehäger Str. 6 - 31547 Rehburg-Loccum

T: + 49 (0) 5766 81 109

Thomas.Mueller-Faerber@evlka.de

4. EU beschließt neo-koloniale Ausbeutung und Umweltzerstörung in Chile Attac kritisiert Ratifizierung des EU-Chile-Abkommens

Pressemitteilung Attac Deutschland - Straßburg/Frankfurt am Main, 29. Februar 2024

Das EU-Parlament hat heute in Straßburg getagt und über das erweiterte Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Chile entschieden. Attac-Aktivist*innen haben anlässlich der Ratifizierung des Abkommens die heutige Parlamentssitzung mit von der Zuschauer*innenbühne herabgelassenen Transparenten gestört. Mit dem Slogan „Stop Lithium Theft!“ protestierten sie gegen die geplante Lithium-Ausbeutung durch die EU und die damit einhergehende Umweltzerstörung in der Atacama-Salzwüste.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac kritisiert die Ratifizierung des fortgeschrittenen Rahmenabkommens, denn es bestätigt ein Handelssystem, das mit seiner Ausrichtung die bekannten Muster neo-kolonialer Ausbeutung vertieft. „Es ist ein Handelsabkommen aus dem letzten Jahrhundert. Mit ihm wird ein Produktionsmodell gefördert, das sich negativ auf Klima und Umwelt, auf die Menschenrechte und die Lebensgrundlagen der vor Ort ansässigen indigenen Gemeinschaften und deren Ernährungssouveränität auswirkt“, erklärt Roland Süß aus der Attac-Kampagnengruppe Lithium-Raub.

Die Bundesregierung ist ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung. Bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts hatte Wirtschaftsminister Habeck in der letzten Woche noch einmal deutlich gemacht, worum es der Bundesregierung geht. Der Export von Industrieprodukten soll für die „Exportnation“ Deutschland überproportional zulegen.

Neue Freihandelsabkommen sollen Störungen im globalen Handel auffangen und die entstandene Lücke des Wachstums schließen. Dabei spielt Lithium als kritischer Industrierohstoff eine Schlüsselrolle. Chile ist hier ein wichtiger Rohstofflieferant der EU, denn über 80 Prozent des Lithiums für die EU wird schon jetzt aus Chile importiert. Um diese Rohstoffausbeutung abzusichern und zu erweitern, schreibt das EU-Chile-Abkommen im Kapitel „Energie und Rohstoffe“ neue und erweiterte Abhängigkeiten fest.

„Es bedient vorrangig die Interessen der EU und verfestigt die Rolle Chiles als Rohstofflieferant. Mit dem Sonderklagerecht für Konzerne, das ausländischen Investoren und Konzernen die Möglichkeit gibt, Chile zu verklagen, wird die Daumenschraube angelegt, um Regulierungen zum Schutz von Menschen und Umwelt zu verhindern“, kritisiert Süß.

Attac lehnt das EU-Chile-Abkommen ab, denn eine gerechte und nachhaltige Handelspolitik ist damit nicht durchzusetzen.

Bilder der Aktion zeitnah hier: <https://www.attac.de/kampagnen/lithium-raub/aktionen>

Kampagne Lithium-Raub: <https://www.attac.de/kampagnen/lithium-raub>

5. **Wegen Bundesregierung: Rückschlag für europäisches Menschenrechtsvorhaben – Mehrheit der Bevölkerung laut Umfrage für EU-Lieferkettengesetz**

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 28. Februar 2024 – Großer Rückschlag für das EU-Lieferkettengesetz: Im Ausschuss der Ständigen Vertreter des Rats (COREPER) ist heute keine qualifizierte Mehrheit für das Menschenrechtsvorhaben zustande gekommen. Die belgische Ratspräsidentschaft hat angekündigt, nun erneut mit den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament in Verhandlungen zu treten. In der deutschen Bevölkerung gibt es derzeit eine große Unterstützung für das EU-Lieferkettengesetz: Mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland wollen das Gesetz, wie eine neue repräsentative Umfrage zeigt.

“Heute ist ein schlechter Tag für den Schutz der Menschenrechte und unseres Planeten. Der Bundeskanzler hat sich bisher geweigert, ein Machtwort zu sprechen – und lässt sich bei einem der wichtigsten Menschenrechts- und Umweltvorhaben der EU von der FDP regelrecht vorführen”, kommentiert Johanna Kusch, Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz. “Mit dem Alleingang der FDP hat sich die Bundesregierung als verlässlicher Partner in der EU vollends diskreditiert und Deutschlands internationale Glaubwürdigkeit beim Thema Menschenrechte beschädigt. Olaf Scholz missachtet nicht nur den Koalitionsvertrag und ignoriert unzählige Stimmen aus Wirtschaft, Wissenschaft und den Vereinten Nationen, sondern handelt auch klar gegen den Willen der Mehrheit der eigenen Bevölkerung. Er muss die weiteren Verhandlungen nutzen, um sich endlich für das EU-Lieferkettengesetz zu positionieren.”

Die heutige Mehrheit für den aktuellen Kompromiss scheiterte vor allem an der Ankündigung Deutschlands, sich zu enthalten: Als bevölkerungsreichster Staat ist es schwierig, ein EU-Gesetzesvorhaben ohne deutsche Zustimmung durchzubringen. Bundesjustizminister Marco Buschmann und Bundesfinanzminister Christian Lindner hatten zudem in den vergangenen Wochen bei anderen Mitgliedsstaaten massiv gegen das Vorhaben Stimmung gemacht.

Entgegen der angekündigten Enthaltung der Bundesregierung gibt es in der deutschen Bevölkerung eine große Zustimmung für das EU-Vorhaben. Das zeigt eine heute veröffentlichte repräsentative Umfrage: 68 Prozent der in Deutschland Befragten gaben darin an, das EU-Lieferkettengesetz zu unterstützen. Auffällig ist, dass die Unterstützung sämtliche Wählergruppen umfasst: Auch 67 Prozent der FDP-Wähler*innen befürworten das europäische Lieferkettengesetz.

Die repräsentative Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut INSA-CONSULERE im Auftrag von Germanwatch, einer Trägerorganisation der Initiative Lieferkettengesetz, im Februar 2024 durchgeführt. Befragt wurden 1.003 Personen. Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein Zusammenschluss aus mehr als 140 Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften, kirchlichen Akteuren und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich gemeinsam für das EU-Lieferkettengesetz einsetzen.

Weiterführende Informationen:

- [Vollständige Ergebnisse der Umfrage von INSA-CONSULARE](#)
- Gemeinsames [Statement von europäischer Zivilgesellschaft und Gewerkschaften](#) zur heutigen Entscheidung
- Sammlung unterschiedlicher [Statements von deutschen und internationalen Unternehmen und Unternehmensnetzwerken](#) für das EU-Lieferkettengesetz
- Stellungnahmen für das EU-Lieferkettengesetz von der [UNO-Arbeitsgruppe zu Wirtschaft und Menschenrechten](#), dem [UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte](#) sowie der [UNO-Sonderberichterstatteerin für Menschenrechtsverteidiger*innen Mary Lawlor](#).

Initiative Lieferkettengesetz - Stresemannstraße 72 - 10963 Berlin

E-Mail: presse@lieferkettengesetz.de

Mobil: 0151-10611346

www.lieferkettengesetz.de

6. Zur Energiefrage

Hallo liebe Leute,

ich möchte Euch auf folgende Materialien hinweisen, die zusammengenommen eigentlich schon einen ziemlich gut ausgestatteten Attac-Infostand zur Energiefrage ergeben und bei Veranstaltungen zum Klimageld auf den obligatorischen Infotisch gehören:

- * Factsheet "Regenerative Energien voranbringen": <https://shop.attac.de/factsheet-regenerative-energien-voranbringen-din-a5>
- * Factsheet "Stromwirtschaft vergesellschaften": <https://shop.attac.de/factsheet-stromwirtschaft-vergesellschaften-dina5>
- * Factsheet "RWE entmachten!": <https://shop.attac.de/factsheet-rwe-entmachten-dina5>
- * Broschüre "Neue Energie für Vergesellschaftung": <https://shop.attac.de/broschuere-neue-energie-fuer-vergesellschaftung-dina5>
- * Postkarte "Klimageld jetzt": <https://shop.attac.de/postkarte-klimageld-jetzt>
- * Aufkleber "Klimageld jetzt": <https://shop.attac.de/aufkleber-klimageld-jetzt-schuldenbremse-weg>
- * Plakat "Klimageld jetzt": <https://shop.attac.de/klimageld-plakat-dina2>

.....

Mit herzlichen Grüßen und wie immer besten Wünschen für unser aller Gesundheit

Marlis Rempé - Mailing-/Adressverantwortliche

Tel: 05021-64331

Web: <https://www.attac-netzwerk.de/nienburg/>

Web: www.netzwerk-nienburg.de